

# ***Weiterentwicklung des Entgelttransparenzgesetzes***

*Thomas Fischer, BMFSFJ*

*19. Frauen-Alterssicherungskonferenz, SoVD und Verdi,*

*02. Juli 2024*



Bundesministerium  
für Familie, Senioren, Frauen  
und Jugend

# Gegenüberstellung ETRL und gesetzliche Regelungen

## EntgTranspG



Auskunftsanspruch ab 200

Berichtspflicht ab 500

Freiwillige Prüfverfahren ab 500



## Richtlinie - Auswahl

Transparenz vor Beschäftigung für Stellenbewerber\*innen

Auskunftsanspruch ab 0

Berichtspflicht ab 100

Gemeinsame Entgeltbewertung ab 100

Prozessstandschaft, eindeutige Verjährungsvorgaben

Beweislastverlagerung und verbindliche Sanktion samt Geldbußen

Entgeltgleichheit im Vergaberecht

## Umsetzungsbedarf

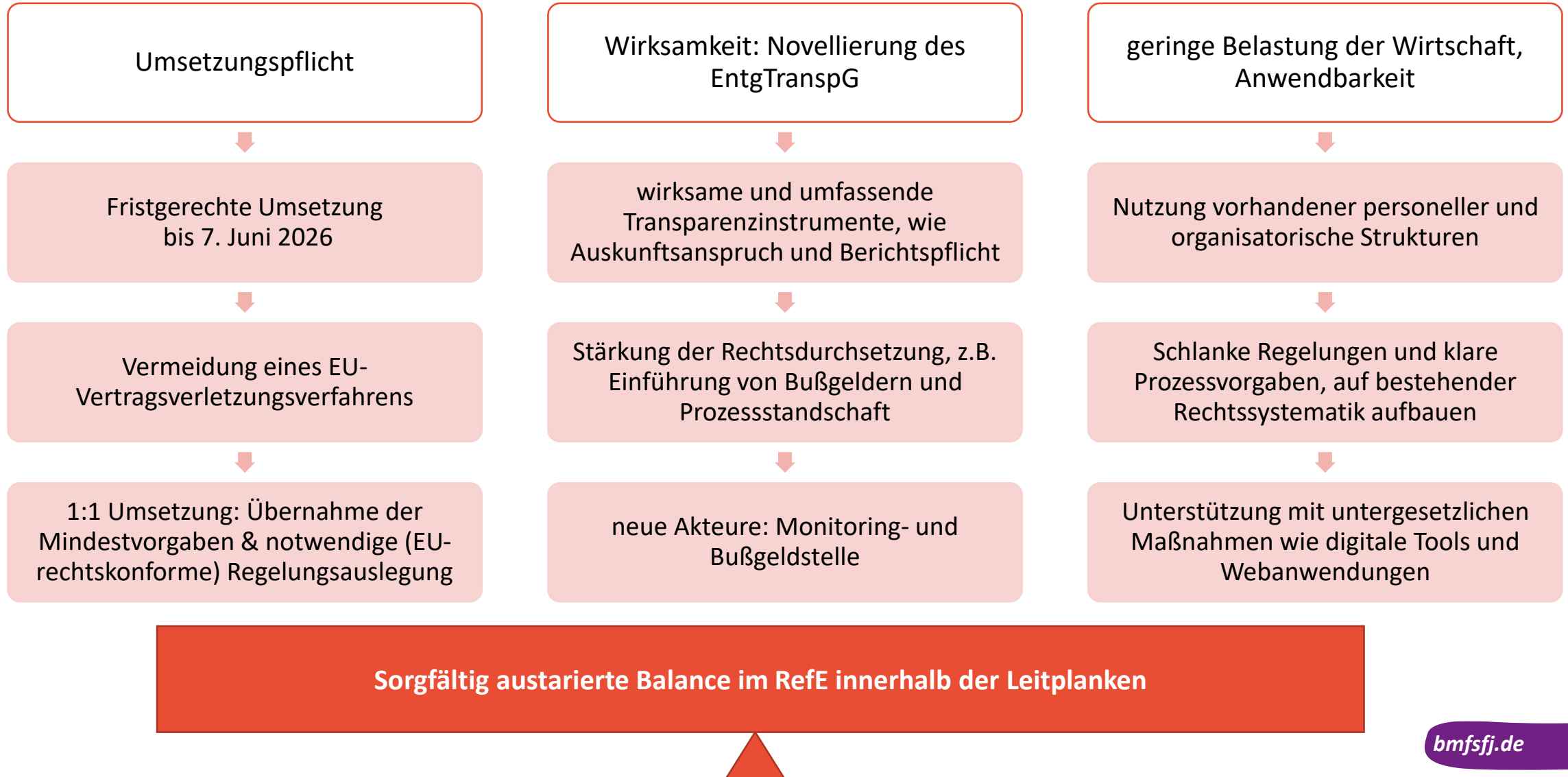
**Erweiterung aller Transparenz-Instrumente** erforderlich (insb. Inhalt, Reichweite)

Einführung von umfassenden **Rechtsdurchsetzungsmaßnahmen**

**Installation und Stärkung von Akteuren:**

- Monitoring- und Bußgeldstelle
- Stärkung von Arbeitnehmervertretungen, ADS

# Die Leitplanken der Umsetzung der Entgelttransparenzrichtlinie



# Stärkung der Entgeltgleichheit und Stärkung der Tarifbindung

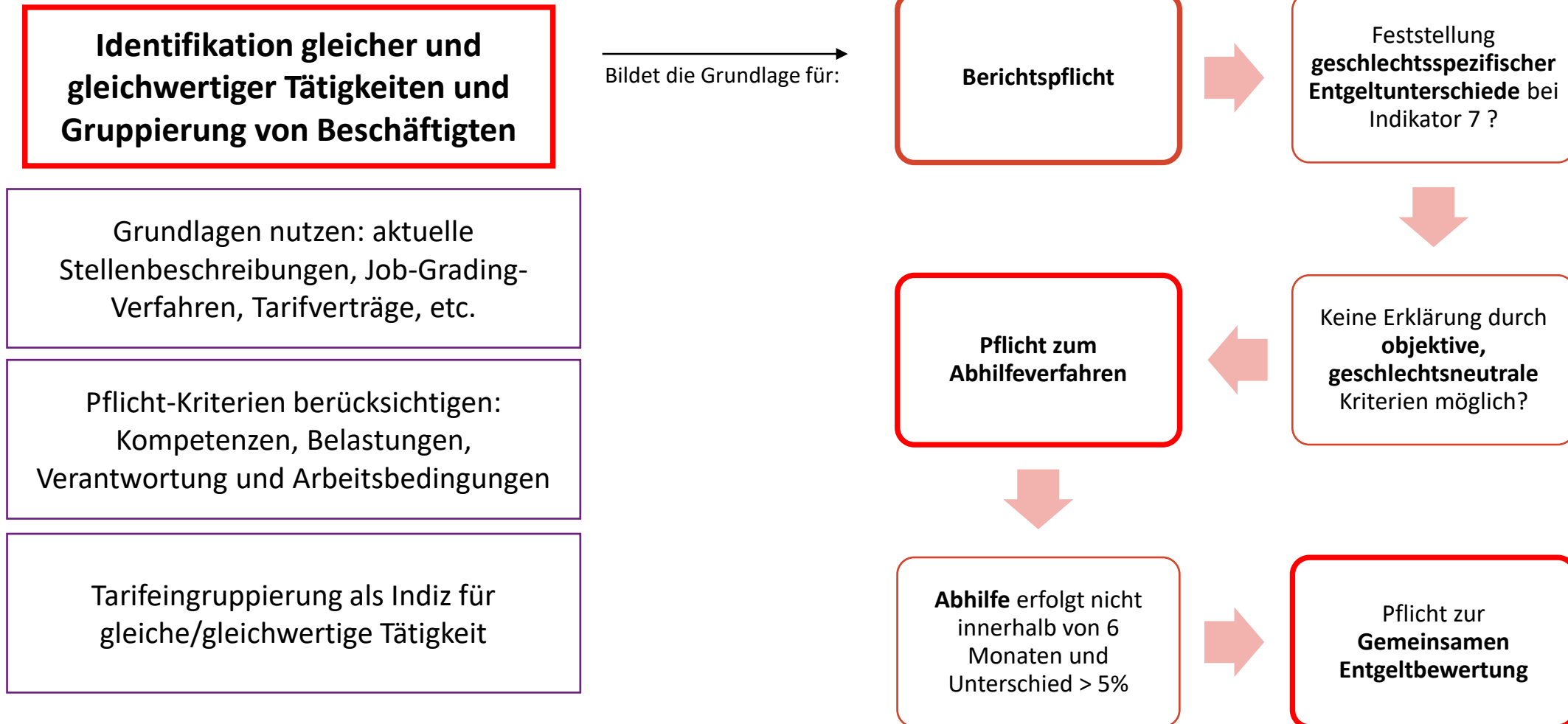
## Diskussion: Entgeltgleichheitsgebot versus Tarifautonomie

- Tarifautonomie (Art. 9 Abs. 3 GG) und Entgeltgleichheitsgebot (Art. 3 Abs. 2, 3 GG) **gleichrangig** im Grundgesetz verankert!
- **Folge:** kein Vorrang der Tarifautonomie → Auch Tarifverträge müssen das Entgeltgleichheitsgebot wahren!

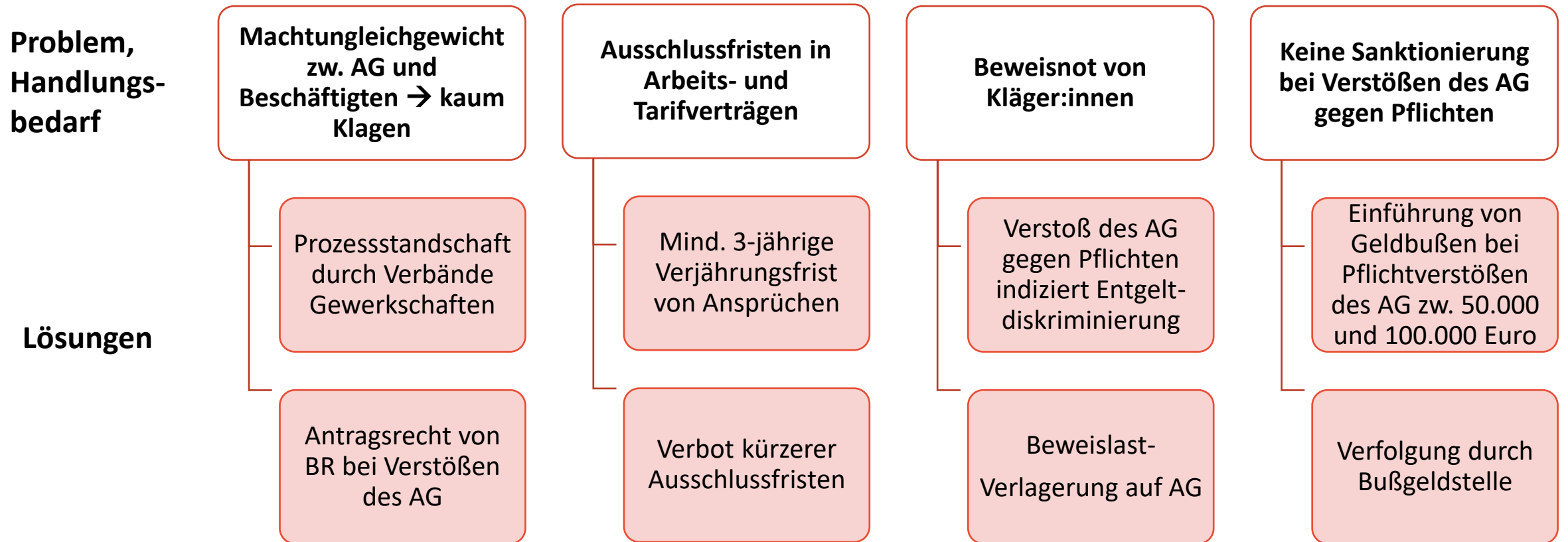
## Ziel des RefE: Entgeltgleichheit verwirklichen, Tarifbindung stärken

- kein Festhalten an (umstrittener) Angemessenheitsvermutung aus EntgTranspG,
- **aber:** Förderung und Besserstellung von Tarifbindung,
  - z.B. Einbindung von Tarifvertragsparteien bei tariflich bedingten Entgeltunterschieden
  - z.B. Entgelttransparenz vor Beschäftigung → Erleichterung bei Tarifbindung

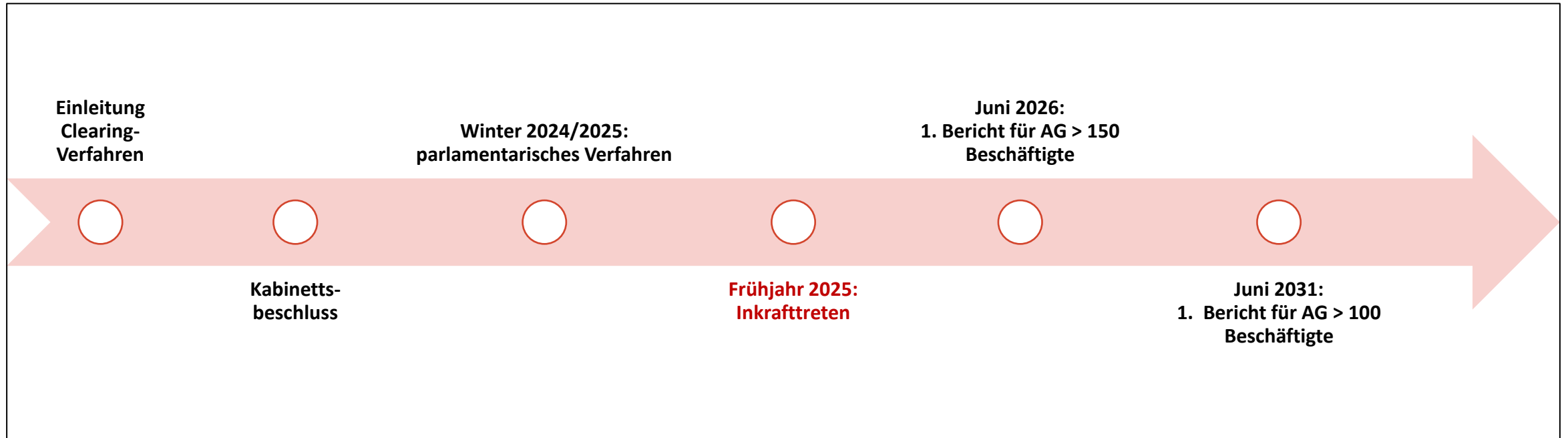
# Berichtspflicht, Abhilfeverfahren, Entgeltbewertung



# Die Instrumente zur Stärkung der Rechtsdurchsetzung



# Umsetzungsplan



- **Enger Zeitplan** → Inkrafttreten noch in dieser Legislaturperiode vorgesehen
- **Begründung:** frühzeitig Rechtsklarheit und Rechtssicherheit für Unternehmen schaffen & unverhältnismäßig hohen Implementierungsaufwand durch zu kurzfristige Umsetzung vermeiden